

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 93 (1996)

Heft: 9

Artikel: Eingliederung Behinderter ruft nach neuen Lösungen : Delegiertenversammlung der SAEB

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838272>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

bezahlte und unbezahlte Arbeit anders zu gewichten.

«Für wen ist die Lage aussichtslos?», nahm Jürg Krummenacher, Direktor der Caritas Schweiz, ein Votum von Monika Stocker auf: «Sicher nicht für die Besitzer von CS-Aktien, wohl aber für Langzeitarbeitslose.» In bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung zeigte sich Krummenacher desillusioniert: Für Massenproduktionen sei die Schweiz unwiderruflich aus dem Rennen gefallen, und dies bedeute, dass für wenig qualifizierte Leute immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stünden. Trotzdem

stimmte er mit Bundesrätin Dreifuss in den Lösungsansätzen überein: Es sei gefährlich, grosse Risiken ohne das Versicherungsprinzip lösen zu wollen. Um die Grundsicherung zu verbessern, müssten die Ergänzungsleistungen auf weitere Gruppen ausgedehnt werden. Der Einwand von Monika Stocker, der Trend gehe doch gerade in die andere Richtung und der Bund wolle sich aus der EL (im Rahmen der Aufgabenteilung Bund/Kantone) verabschieden, klopfte Bundesrätin Dreifuss aus dem Busch: Darüber sei noch nicht das letzte Wort gesprochen. cab

Eingliederung Behinderter ruft nach neuen Lösungen

Delegiertenversammlung der SAEB

Die berufliche Eingliederungsquote von behinderten Lehrlingen ist seit Anfang der neunziger Jahre rückläufig. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zur Eingliederung Behinderter (SAEB) fordert deshalb, kooperierende Arbeitgeber mit einem Bonus-System zu belohnen.

Die SAEB führte ihre 45. Delegiertenversammlung in der Band-Genossenschaft in Bern durch, welche als Gründungsmitglied der SAEB in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen feiert.

In ihrer Begrüssung ging die Präsidentin Nationalrätin *Lili Nabholz* auf das wichtigste Ereignis des Tages, die nationalrätliche Behandlung der parlamentarischen Initiative Suter zur Chancengleichheit für behinderte Menschen, ein. Obwohl die erste formelle Hürde ge-

nommen werden konnte, rief Lili Nabholz die Delegierten auf, die nun folgende parlamentarische Arbeit beharrlich zu verfolgen und am Ball zu bleiben. Von der Anerkennung des Grundsatzes bis zu einer Volksabstimmung über einen griffigen Verfassungsartikel bleibe noch ein langer und beschwerlicher Weg.

Die Präsidentin leitete im folgenden auf den fachlichen Teil der Versammlung über: Die höchst beunruhigende Entwicklung der IV-Finzen (Bericht der IDA Fiso) und – als Beispiel dafür – die seit Beginn der Rezession bedrohliche Zunahme von RentnerInnen mit einer psychischen Behinderung machen deutlich, dass neue Wege zur *beruflichen Eingliederung* gesucht werden müssen. Als erster Referent zeigte *Johannes Leutwyler*,

Direktor der Band-Genossenschaft, auf, wie die Eingliederungsquote bei den behinderten Lehrlingen seit Anfang der 90er Jahre markant zurückgegangen ist. Nationalrätin *Agnes Weber* stellte ihr in der Wintersession überwiesenes Postulat «Sozialverträgliches Wirtschaften» vor. Die anhaltende Ausgrenzung von schwerer vermittelbaren Arbeitssuchenden erfordere Anreizsysteme fiskalischer Art, um auf dem Arbeitsmarkt etwas für diese Gruppe zu bewegen. Wichtig seien die Anreize («Boni»), wogegen Sanktionen («Mali») nicht auf Akzeptanz stos-

sen, weshalb das Modell der Pro Mente Sana in dieser Hinsicht überdacht werden müsste.

Im statutarischen Teil der Versammlung galt es, die Mitglieder des Zentralvorstandes für die Amtsperiode 1996 – 1999 zu wählen. Neu gewählt wurden *Maria Roth-Bernasconi* (SP, GE) sowie *Ferdinand Bussmann*, Sektionschef beim Bundesamt für Militärversicherung. Als neues Mitglied aufgenommen wurde die *Stiftung PROCOM*, welche die Vermittlungsstellen für Hörbehinderte in der Schweiz betreibt. pd

Berner Fürsorgewesen: Überprüfung und Perspektiven

Hauptversammlung der BKFV

Gegenwärtig läuft im Kanton Bern das Projekt «Integrale Überprüfung Fürsorgewesen und neue Perspektiven». Bevor über Finanzierung und Sparmassnahmen im Fürsorgewesen gesprochen werde, müsse nachgedacht werden über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, forderte Urs Bohren, Präsident der Berner Konferenz für Fürsorge und Vormundschaft (BKFV), an der diesjährigen Hauptversammlung.

Das Sozialwesen des Kantons Bern kann laut Urs Bohren auf eine verhältnismässig lange, erfolgreiche Ausbauphase zurückblicken. Im interkantonalen Vergleich habe Bern eine Spitzenposition inne. In Zukunft aber würden für die Beratung und Unterstützung der Klientinnen und Klienten jedoch höchstens die gleichen oder gar weniger Mittel zur

Verfügung stehen. Er rechnet mit «Bereinigungsprozessen und strukturellen Anpassungen». Dabei komme den Sozialdiensten der Gemeinden eine entscheidende Rolle zu, seien sie doch zuständig für die Grundversorgung. Urs Bohren plädiert für einen Mindeststandard der Grundversorgung: Damit müsse es möglich sein, materielle und damit finanzielle Grundbedürfnisse wie Wohnen, Ernährung, Gesundheit zu befriedigen, wie auch das Bedürfnis der Menschen nach Bildung, Arbeit, Freizeit, Kultur und sozialen Kontakten. Grundsätzlich, so Bohren, «legen die SKöF-Richtlinien diesen Standard fest und somit die Grundversorgung der Gemeinden». Er warnte davor zu meinen, materielle Absicherung im Sinne eine garantierten Mindesteinkommens führe zwangsläufig